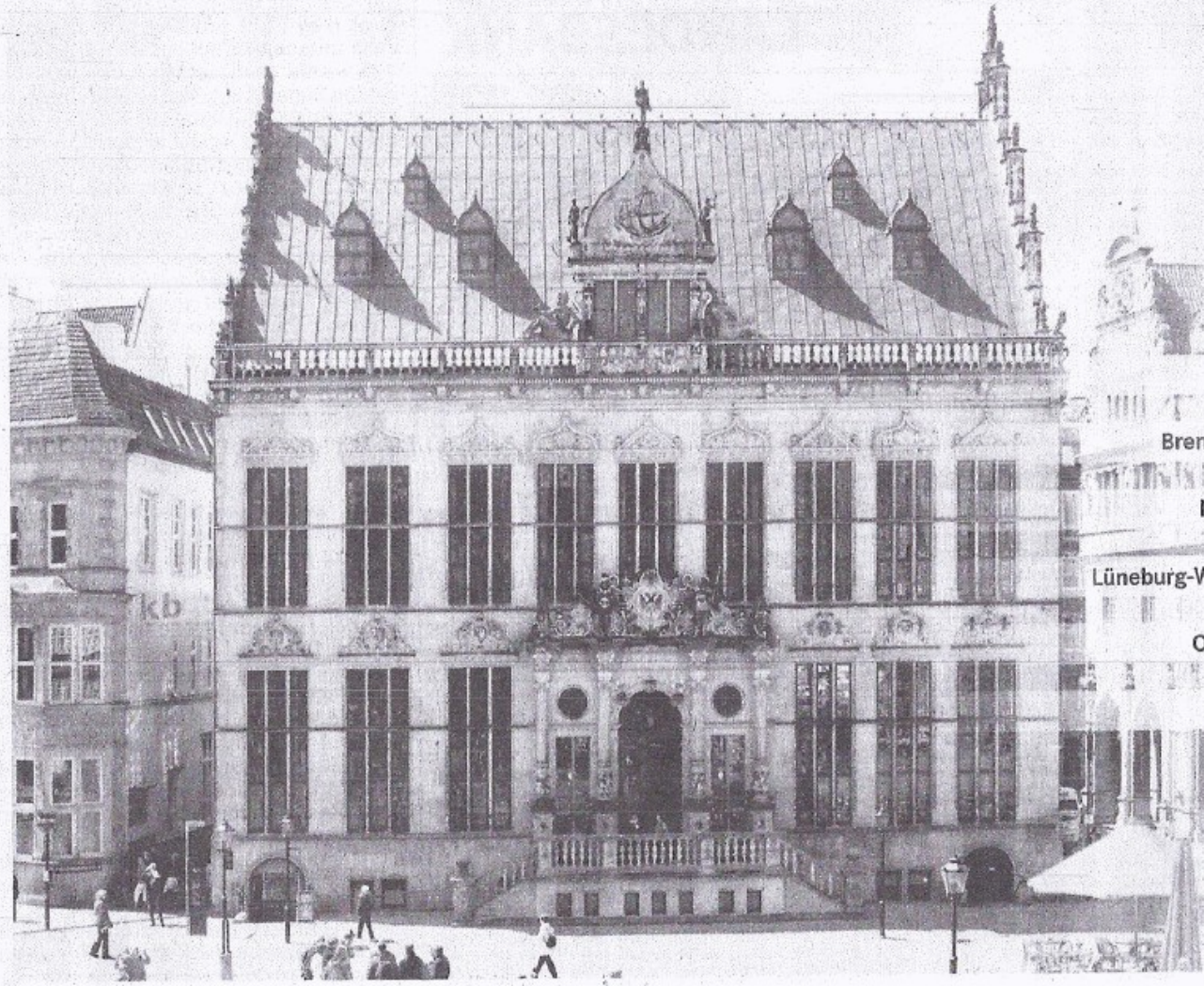


Wirtschaft/Weserkurier 30.11.12

# Unterschiedliche Pflichtbeiträge

Handelskammern veröffentlichen Finanzdaten / Bremerhaven ist mit die teuerste - Bremen liegt im Mittelfeld



## Handelskammern im Vergleich

	Mitgliedsfirmen	Beitrag pro Mitgliedsfirma in Euro (Durchschnitt)	Gebühr pro Einzelhandelsazubi in Euro
Bremen	41035	337	160
Bremerhaven	6333	508	215
Hannover	156191	141	310
Lüneburg-Wolfsburg	60074	289	210
Oldenburg	69011	218	195
Stade	46778	319	260

Die Bremer Handelskammer belegt einen Platz im Mittelfeld, was die Höhe der jährlichen Pflichtbeiträge angeht.



Je nach Standort müssen Unternehmen sehr unterschiedliche Handelskammerbeiträge zahlen – das macht die vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag initiierte erste „Transparenz-Offensive“ deutlich: In Bremerhaven ist der Pflichtbeitrag im Durchschnitt mit 508 Euro pro Jahr mit am höchsten. In Bremen liegt er mit 337 Euro im Vergleich zu allen 80 Handelskammern im Mittelfeld. Eine mögliche Fusion beider Kammern könnte insgesamt niedrige Beiträge zur Folge haben.

VON PETER HANUSCHKE

**Bremen.** Wenn in Unternehmerkreisen über Handelskammern gesprochen wird, tauchen meist zwei Fragen auf: Warum bin ich als Unternehmer gesetzlich verpflichtet, einen Beitrag zu zahlen? Und: Was bekomme ich als Gegenleistung von der Handelskammer? Für Matthias Fonger liegen die Vorteile auf der Hand: Die Handelskammern vertreten die wirtschaftlichen Interessen gegenüber der Politik und sie bieten eine Vielzahl von Dienstleistungen an, so der Hauptgeschäftsführer der Bremer Kammer. Zudem nehme die Institution im dualen Ausbildungssystem die Prüfungen ab – eine Aufgabe, die ihr vom Staat übertragen wurde. Künftig könnte es in Bremen und Bremerhaven einen einheitlichen Beitrag geben – dann, wenn beide Kammern fusionieren.

Dass Unternehmen, abhängig vom Standort, sehr unterschiedliche Kammer-

beiträge zu zahlen haben, hat unterschiedliche Gründe. Dass in Bremerhaven mit Abstand am meisten gezahlt wird, liege in erster Linie an der geringeren Anzahl der Mitglieder, sagt Günther Lübke, Syndikus bei der Bremer Kammer und zuständig für Innere Dienste. „Die Kammer in Bremerhaven muss genauso wie wir vorgeschriebene Infrastrukturen und Dienstleistungen anbieten“ – die daraus resultierenden Kosten würden von weniger Mitgliedern getragen. In Nordrhein-Westfalen gebe es beispielsweise 18 Kammern, die sich die Schwerpunktaufgaben aufteilen – „wir in Bremen bieten alle allein an.“ In Bremen gebe es auch ein anders System als etwa in Hannover, wo der Kammerbeitrag mit 141 Euro am niedrigsten ist. Lübke: „Bei uns müssen Betriebe pro Auszubildenden wesentlich weniger zahlen als in Hannover. Wir wollen Unternehmen, die ausbilden, ja nicht bestrafen.“

Seit Monaten gibt es Überlegungen, dass die Handelskammern aus Bremen und Bremerhaven fusionieren. Müssten Bremer Unternehmen in der Folge dann mehr an Beitrag zahlen und Firmen aus Bremerhaven weniger? Stefan Offenhäuser, Geschäftsführer und Syndikus der Handelskammer Bremen: Ziel wäre es, die Beiträge insgesamt zu senken ohne dabei auf Leistungen zu verzichten. „Für eine Fusion gibt es aber noch kein Okay – darüber werden die Handelskammern bei ihren nächsten Vollversammlungen entscheiden.“ Falls es zur Fusion käme, „würden wir Synergien

nutzen und dadurch insgesamt Kosten senken können“, ergänzt Lübke. Statt zwei gebe es beispielsweise nur noch eine Kammerzeitung. Und es würden Abteilungen zusammengeführt, was letztlich mittelfristig Personal einspare.

Unabhängig davon, dass die Handelskammern sehr unterschiedliche Pflichtbeiträge erheben, steht das Gesetz schon seit es 1956 in Kraft getreten ist in der Kritik. Mehrfach beschäftigte sich das Bundesverwaltungsgericht mit dieser Thematik, und seit 1995 gibt es den Bundesverband für

„Wir hatten nichts zu verbergen und haben nichts zu verbergen.“

Matthias Fonger, Handelskammer Bremen

freie Kammern, der sich für eine freiwillige Mitgliedschaft einsetzt. Prominentester Gegner des Pflichtbeitrages ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der den Kammerzwang als völlig überflüssige und überholte Regelung bezeichnet.

Für Offenhäuser macht der Pflichtbeitrag nach wie vor Sinn: „Man wollte dadurch erreichen, dass sich nicht nur Verbands-Lobbyisten gegenüber der Politik positionieren und versuchen Rahmenbedingungen zu verändern. Die Kammern ha-

ben den Auftrag, sich für alle Standortfragen einzusetzen – ohne Lobby dahinter.“ Zudem soll nicht die Stimme des großen Zahlers ausschlaggebend sein, sondern die Stimme aller Mitglieder.

Dass der Deutsche Industrie- und Handelskammertag jetzt die „Transparenz-Offensive“ gestartet hat, führt Fonger nicht auf Kritik aus Reihen der Unternehmer zurück, die den Handelskammern in der Vergangenheit mangelnde Transparenz, Verschwendung von Beitragsgeldern und eine nicht zu vertretende Rücklagenpolitik vorgeworfen haben. Fonger: „Wir hatten nichts zu verbergen und haben nichts zu verbergen.“ Diese Offensive müsse als proaktive Aktion verstanden werden. „Alle relevanten Leistungskennziffern und Finanzierungskennzahlen waren auch schon vorher abrufbar – das waren keine geheimen Zahlenwerke.“ Mehr Transparenz treffe nur insofern zu, „als dass die Daten jetzt wesentlich einfacher einzusehen sind. Wer uns vorher nach den Zahlen gefragt hat, hat auch eine Auskunft bekommen.“

Die Handelskammern bräuchten sich auch nicht zu verstecken, so Fonger. In Bremen gebe es beispielsweise 2500 Ehrenamtliche, die für die Kammer als Prüfer im dualen Ausbildungssystem tätig seien. „Wenn das der Staat übernehmen würde, wäre das ziemlich teuer.“ Zudem gebe es eine großes Angebot an Dienstleistungen für Unternehmen wie Rechts- und Steuerberatung oder die Unterstützung beim Aufbau von Netzwerken.

Weser-Kurier 30.11.12